

Die beiden wichtigsten SPD-Minister weiß Klaus Zumwinkel hinter sich. Vizekanzler Franz Müntefering und Finanzminister Peer Steinbrück betonen bei jeder Gelegenheit, wie wichtig Reziprozität bei der Öffnung der Briefmärkte sei. Mit diesem Wort umschreibt auch der Post-Chef seit Neuestem gerne seine politische Forderung: Deutschland dürfe bei der Liberalisierung in Europa keinesfalls vorschreiten. Sonst würde bald die französische La Poste hierzulande Sendungen zustellen, während Zumwinkels Briefträgern der Zugang zum Nachbarland verwehrt bliebe. Denn Länder wie Frankreich, Italien oder Spanien sperren sich nach wie vor gegen die für 2009 vorgesehene europaweite Liberalisierung.

Nach heutiger Regelung läuft das exklusive Recht der Post auf die Zustellung von Briefen bis 50 Gramm zum Jahresende aus. Sollte es anders kommen, wäre dafür ein entsprechendes Gesetz nötig. Zumwinkel, der lange betonte, sein Konzern sei fit für den Wettbewerb, rudert derzeit zurück. Erst am Dienstag bei der Vorstellung der ausführlichen Bilanz machte er deutlich, wie sehr er eine Verlängerung des Monopols begrüßen würde. Für den Konzern steht viel auf dem Spiel: Die Briefsparte steuerte im vergangenen Jahr 20 Prozent des Umsatzes, aber mehr als die Hälfte der 3,9 Mrd. € Konzerngewinn bei. Der Post-Chef argumentiert jedoch vor allem mit Arbeitsplätzen: Gewinnen Wettbewerber wie TNT und Pin ein Fünftel Marktanteil, müsse er entsprechend ein Fünftel seiner Zusteller entlassen. Das entspricht 32.000 Angestellten.

Die Union überzeugen die Zahlen nicht. „Ich bin wie Sie der Auffassung, dass es wichtig ist, dass die

Im Wandel:
Seit 1957
bringen
Briefträger
die Post –
künftig eventuell
andere



Berliner Brieffreunde

Seinem Ruf als Strippenzieher macht Post-Chef Klaus Zumwinkel einmal mehr Ehre. In der Frage der Verlängerung des Briefmonopols hat er die SPD auf seine Seite gezogen. Die Union gibt sich noch standhaft

VON CLAUDIA WANNER, HAMBURG,
BIRGIT MARSCHALL
UND PETER EHRLICH, BERLIN

Bundesregierung an ihrem klaren Bekenntnis zum Auslaufen des Briefmonopols am 31. Dezember festhält“, schrieb Hartmut Schauerte (CDU), Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, an das Aktionsforum im Postmarkt. Der Brief liegt der FTD vor.

Fragen des Arbeitsmarktes und einer ausreichenden Bezahlung von Zustellern müssten argumentativ von der Liberalisierung getrennt werden, so Schauerte weiter. „Ich werde mich daher unverändert für die Liberalisierung des deutschen Postmarktes ab 2008 und der europäischen Postmärkte ab 2009 einsetzen.“ Auch das Kartellamt argumentiert auf dieser Linie: „Ich kann keinen Nachteil darin erkennen, wenn es vielen kleinen Briefzusteller-Unternehmen gelingt, dem Monopolisten Post Marktanteile abzunehmen. Denn letztendlich sollte die Leistung am Markt darüber entscheiden, welche Anbieter auf dem Markt bleiben, nicht aber eine Schutzvorschrift“, sagte dessen Chef Ulf Büge der FTD.

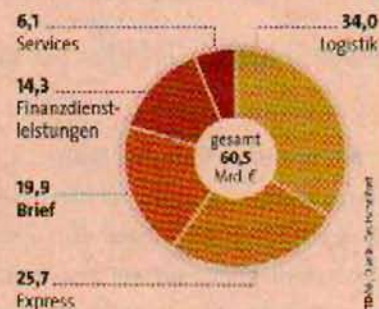
Die Wettbewerber sorgen sich dennoch. „Was an Signalen aus Berlin kommt, stimmt mich pessimistisch“, sagt Hanjo Schneider, Chef des Paketdienstes Hermes. Hermes betreibt mit der niederländischen Post das Joint Venture TNT Post, dass ab dem kommenden Jahr Zumwinkels Briefträgern deutschlandweit Konkurrenz machen will. Auch aus dem Wirtschaftsministerium sei noch nichts zu hören, wie es in einem Dreivierteljahr weiter gehen soll. „Man hat den Eindruck, die stellen sich tot“, sagt Schneider.

„Eine Bananenrepublik“, fasst der Manager eines Wettbewerbers die unsicheren Rahmenbedingungen entnervt zusammen. „Gegen eine Verlängerung würden die Wettbewerber die Europäische Kommission anrufen“, sagt Rechtsanwalt Ralf Wojtek von der Kanzlei Heuding Kühn Luer Wojtek. Das würde jedoch dauern, ein Start Anfang Januar wäre kaum zu halten.

Beobachter in Berlin sind unsicher, ob die Position von Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) auch die breite Meinung seiner Partei spiegelt. Schon wird gemutmaßt, dass es zu einem politischen Kuhhandel kommen könnte. „Die SPD könnte versuchen, Post- und Bahnliberalisierung zu verquicken“, fürchtet ein Verkehrsexperte. Um die Wünsche auf einem Gebiet durchzusetzen, würde sie beim anderen zurück stecken. Bisher ist die Union dem Koalitionspartner aber in der Frage der Bahn-Privatisierung weit entgegengekommen.

Ein Fünftel des Geschäfts

Umsatz der Deutschen Post nach Unternehmensbereichen 2006 in %



DONNERSTAG, 22. MÄRZ 2007
FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND